

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Juni 2012

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Im Juni 2012, hat das Bundeskabinett das im Koalitionsvertrag vereinbarte geforderte **Betreuungsgeld** verabschiedet. Im Gegenzug setzte sich die FDP mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Förderung der privaten Pflegevorsorge durch. Geplant ist, dass der Bürger, der einen Pflege-Versicherungsvertrag abschließt, einen Zuschuss von **fünf Euro** monatlich erhält.

Die gesetzliche Pflegeversicherung deckt wie eine Teilkasko die Kosten nur zum Teil ab. Der größere Rest bleibt an den Betroffenen hängen.

Derzeit gibt es für die Pflege in Heimen,

- 450,00 Euro in Pflegestufe 1,
- 1.100,00 Euro in Stufe 2 und
- 1.550,00 Euro in Stufe 3.

In der Pflegestufe 3 kostet aber ein Heimplatz für Pflegebedürftige in der Regel mehr als 3.000,00 Euro im Monat. Für die ambulante Pflege zu Hause werden

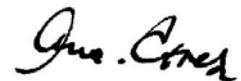
- 235,00 Euro in Pflegestufe 1,
- 440,00 Euro in Stufe 2 und
- 700,00 Euro in Stufe 3 gezahlt.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stellt aus dem Bundeshaushalt für 2013 insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung. Aus Sicht der Branche (Pflegeverbände/Sozialverbände) dürfte eine Förderung von fünf Euro pro Monat kaum reichen, um eine breit angelegte private Vorsorge aufzubauen. Würden nur acht Millionen Bürger eine private Pflegeversicherung abschließen, wären 480 Millionen Euro an Fördergelder fällig.

Bei 15 Millionen Verträgen – so viele Policen gibt es derzeit für die als Vorbild dienende Riester-Rente – wären es 900 Millionen Euro, die der Staat zuschießen müsste. Die Vorgabe an die Versicherungsgesellschaften, keinen Bewerber abzulehnen, könnte die Prämien in die Höhe treiben.

Unsere Sorge ist, dass sich gerade Geringverdiener eine private Zusatzversicherung überhaupt nicht leisten können. Deswegen fordern wir den Ausbau der Pflegeversicherung unter Beibehaltung der bisherigen paritätischen Finanzierung!

Matthäus Strebl, Bundesvorsitzender

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
 Telefon: 030/21 02 17-30
 Fax: 030/21 02 17-40
 E-Mail: cgb.bund@cgb.info
 Internet: www.cgb.info
 ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
 Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
 Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

Gastkommentar

Die Rente ist ein Lohn für die Lebensleistung – Altersarmut darf es nicht geben

Deutschland wird sich in den nächsten Jahrzehnten in der Altersstruktur der Bevölkerung entscheidend verändern: Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre oder älter sein, und es wird



Gerda Hasselfeldt

doppelt so viele 70-jährige geben, wie Kinder geboren werden. Weil in Zukunft immer mehr älteren Menschen immer weniger Junge zur Seite stehen und die Bevölkerung schrumpft, müssen wir schon jetzt die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Für die Rente muss weiterhin gelten: Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, muss seinen Ruhestand in Würde und Wohlstand genießen können.

Bereits heute machen sich viele Menschen Sorgen, dass ihre Rente im Alter nicht zum Leben ausreichen wird. Das rührt nicht zuletzt daher, dass in den Medien immer wieder von drohender oder präserter „Altersarmut“ die Rede ist. Bei diesem Thema ist es aber ratsam, nüchtern und sachlich zu bleiben und sich die konkreten Zahlen anzusehen. Denn die Zahlen sprechen eine andere Sprache als viele Medien: Im bundesdeutschen Durchschnitt beziehen 2,4 Prozent der über 65-jährigen die Sozialleistung der Grundsicherung im Alter. Das ist keine Zahl, die der breiten Bevölkerung Angst machen muss, wengleich wir in der Politik sie natürlich sehr ernst nehmen.

Altersarmut ist ein weibliches Phänomen

Leider ist es so, dass im bisherigen Rentensystem Frauen stark benachteiligt sind. Denn das heutige Rentensystem belohnt ununterbrochene Vollzeiterwerbsbiografien. Wer die für die Gesellschaft so wichtige Familien- und Sorgearbeit leistet, wird hingegen benachteiligt. Deshalb trifft Altersarmut besonders oft Frauen, die den „Familienrucksack“ tragen, die häufig aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für längere Zeit oder sogar ganz aufgeben, um Kinder zu be-

treuen oder Angehörige zu pflegen. Die Situation ist paradox: Ohne diese Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit oder das Kürzertreten im Beruf würde unsere Gesellschaft im Großen wie im Kleinen nicht funktionieren – aber bei der Bemessung der Rente werden diese Frauen bestraft.

Die Rente ist ein Lohn für die ganze Lebensleistung

Wir von der CSU wollen das ändern. Wir sind der Meinung: Bei der Erziehungsarbeit oder bei der Pflege von Angehörigen handelt es sich um Verpflichtungen für das Wohl anderer Menschen – oft über Jahre hinweg und rund um die Uhr. Es kann nicht sein, dass ein solches Engagement keine angemessene Wertschätzung bei der Rente findet oder gar zum Nachteil wird. In einer Gesellschaft, in der ohnehin schon immer weniger Kinder auf die Welt kommen, müssen wir diese Fehlleistung korrigieren. Bei der aktuellen Rentendiskussion vertritt die CSU deshalb die Position, dass gezielt die Phasen, in denen die Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung oder der Pflege von Familienangehörigen eingeschränkt ist, rentenrechtlich aufgewertet werden. Bei der Rente gilt es, die gesamte Lebensleistung eines Menschen Wert zu schätzen.

Frau Gerda Hasselfeldt ist die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Erststellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Veranstaltungen



98. Katholikentag in Mannheim "Einen neuen Aufbruch wagen" - CGB und VkdL im Dialog

Auch auf dem 98. Mannheimer Katholikentag, mit dem Motto „Einen neuen Aufbruch wagen“ waren der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) und die Christlichen Gewerkschaften wieder vertreten.



Der VkdL und der Christliche Gewerkschaftsbund unterhielten auf dem Katholikentag ein gemeinsames Informationszelt. Reger Andrang und Interesse der Besucher entschädigte die Mitstreiter des CGB für die vielen Mühen. Auch Alois Glück, der Präsident des ZDK, ließ es sich nicht nehmen, an dem gemeinsamen Stand vorbeizuschauen.

Der VkdL wie auch der CGB haben die Möglichkeit wahrgenommen, in vielen Gesprächen über die Ziele und Ausrichtung des VkdL sowie des CGB zu informieren. Als besonders erfolgreich entpuppte sich auf dem Katholikentag eine schulpolitische Veranstaltung des VkdL.



Die CGB Vertreter nutzen die Möglichkeit, Kontakte zu pflegen und zu knüpfen. So führten die Kollegen Ulrich Bösl und Ulrich Brüggemann intensive Gespräche mit den Vertretern der Betriebsseelsorge und nahmen interessiert an den Empfängen der Konrad Adenauer Stiftung, der SPD sowie der KAB teil.

V.i.S.d.P. Ulrich Bösl, Mitglied CGB Bundesvorstand

Aus den Gewerkschaften

Aufsichtsratswahl REWE Deutscher Supermarkt KGaA: DHV mit 38,6 % der Delegiertenstimmen im Aufsichtsrat



Die DHV hat bei der Aufsichtsratswahl der REWE Deutscher Supermarkt KGaA, eines der führenden deutschen Handelsunternehmen mit rund 120.000 Beschäftigten, ein sensationelles Ergebnis erzielt: Beim erstmaligen Antritt bei einer Aufsichtsratswahl erhielt die DHV auf Anhieb 38,6 % der Delegiertenstimmen. **Die Delegierten, die die DHV-Liste wählten, repräsentierten über 46.300 Stimmen!**

Als Mitglied in den Aufsichtsrat wurde **Josef Czok** aus Köln gewählt. Ersatzmitglied ist **Michael Adlhoch** aus Kassel. Bemerkenswert ist dieses Ergebnis auch, da es gegen die verdi-Liste erzielt wurde, die das Bundesvorstandsmit-

glied Stefanie Nutzenberger als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf schickte.

Mit diesem Wahlergebnis setzt die DHV die Reihe der Wahlerfolge bei der REWE fort. Bereits seit 2004 ist die DHV im Aufsichtsrat der kleineren REWE Zentral AG vertreten. Bei der Aufsichtsratswahl 2008 holte die DHV mit einem Stimmenergebnis von 77,5 % sogar alle drei Aufsichtsratssitze. Auch in anderen Handelsunternehmen ist die DHV mit starken Ergebnissen in den Aufsichtsräten vertreten: Bei den Aufsichtsratswahlen 2008 zur Metro AG und zur Metro Großhandelsgesellschaft konnte die DHV ihre Aufsichtsratsmandate halten. Bei der Kaufhof Warenhaus AG siegte die DHV 2008 mit rund 61,5 % der Stimmen deutlich vor verdi. Bei der Hornbach Baumarkt AG holte die DHV 2008 mit einem Stimmergebnis von 66,7 % beide Gewerkschafts-Aufsichtsratssitze.

Das Ergebnis der Aufsichtsratswahl zeigt, dass die DHV das Delegiertenwahlsystem, das eher die DGB-Gewerkschaften bevorzugt, nicht zu fürchten braucht. Der Grund für die zunehmenden Erfolge auch bei Delegiertenwahlen besteht darin, dass die DHV ausschließlich Beschäftigte aus den Unternehmen als Kandidatinnen und Kandidaten für die Aufsichtsratswahlen aufstellt.



Josef Czok

Nach Philosophie der DHV sollen die Interessen der Beschäftigten nicht von externen Gewerkschaftsfunktionären, sondern von den Betriebsangehörigen wahrgenommen werden. **Denn: Mitbestimmung bedeutet Selbstbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht Fremdbestimmung durch eine Gewerkschaftszentrale!** Diese DHV-Philosophie findet zunehmend auch Anklang unter den Wahlmännern bei Delegiertenwahlen.

DHV Informationsdienst vom 31.05.2012

Tariflohn in Sachsens Bewachungsgewerbe ist allgemeinverbindlich



Nach der Einführung des bundesweiten Mindestlohnes im Bewachungsgewerbe sind im Freistaat Sachsen nun auch die höheren Lohngruppen für

alle Beschäftigten bindend. Bereits im Juni 2011 wurde nach zähem Ringen bei Politik, Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Wach- und Sicherheitsgewerbes bundesweit der Mindestlohn für die niedrigsten Lohnstufen eingeführt.

Seit dem 1. März 2012 gilt im Freistaat Sachsen ein Mindestlohn von 7,00 Euro je Stunde. Durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der anderen Lohngruppen wird nun auch die Leistung der Wach- und Sicherheitsmitarbeiter/innen belohnt.

Das sächsische Staatsministerium für Arbeit und Soziales hat den Entgelttarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt. Damit gelten die Tariflöhne in der Branche für alle etwa 7.200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Die Tarifvertragsparteien in Sachsen, die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) und der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW), fordern seit jeher die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) aller Lohngruppen. Damit wird verhindert, dass die Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen nicht ausschließlich am Preis gemessen wird, sondern andere Kriterien, wie Zuverlässigkeit und hohe Qualität in den Vordergrund treten. „Durch unterschreiten der Tariflöhne wurde der Wettbewerb der Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und demotiviert die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, erklärt der Tarifbeauftragte der GÖD, Manfred Loitsch aus Dresden. „Mit der AVE wird jedem in dem Bereich beschäftigten endlich der Tariflohn garantiert, und die sogenannten schwarzen Schafe der Branche werden in ihre Schranken gewiesen“, so Loitsch weiter.

PM GÖD im Mai 2012

Tarifrunde 2012 endet glimpflich - CGM nimmt Stellung zum Pilotabschluss in der ME - Industrie



Stuttgart, 22.05.2012. Nach den zähen Tarifverhandlungen der letzten Wochen und vielen Warnstreiks im ganzen Land, haben sich die Tarifpartner Südwestmetall und IG Metall in Baden-Württemberg auf einen Pilotabschluss geeinigt. „Es ist gut, dass es letztendlich nicht zum Streik kommen musste“, so der Bundesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) Adal-

bert Ewen in einer ersten Einschätzung. „Die Warnstreiks, an denen auch wir uns beteiligt haben, haben letztendlich genügend Druck erzeugt, um das inakzeptable erste Angebot durch ein angemessenes zweites zu ersetzen“, ergänzt der baden-württembergische Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Markus Malm.

Die Entgelterhöhung rückwirkend zum 1. Mai um 4,3 Prozent liege auch nach der Laufzeit - Bereinigung noch bei 3,97 Prozent und damit um einiges höher als die derzeitige Inflationsrate. „Diese Anhebung ist nach den Sparmaßnahmen, die die Arbeitnehmer in der ME-Branche während der Finanzkrise geduldig mitgetragen haben, bitter notwendig“, so Ewen. „Wir müssen generell unabhängiger von den Export-Umsätzen werden. Das schaffen wir nur durch eine Ankurbelung der Binnennachfrage, also durch deutliche Entgelterhöhungen“. Auch Markus Malm zeigt sich mit dem Abschluss zufrieden, gießt aber auch etwas Wasser in den Wein: „Die neue Regelung für die Zeitarbeit wird vermutlich nicht dazu führen, Zeitarbeitnehmern Festanstellungen zu verschaffen. „Er vermute vielmehr, dass nach spätestens 24 Monaten die Zeitarbeitnehmer eines Betriebes „ausgewechselt“ werden, da sie sonst übernommen werden müssten. „Wir befürchten, dass diese gut gemeinte Regelung eher das Gegenteil bewirkt. Außerdem wurde über das Thema Werkverträge leider gar nicht verhandelt“.

PM CGM 22. Mai 2012

Aufsichtsratswahlen: Erfolg für CGPT bei E-Plus

CGPT

Die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT) konnte bei den Wahlen zum Aufsichtsrat des Telekommunikationsanbieters E-Plus bei der Liste der Gewerkschaftsvertreter nach einem spannenden Wahlkampf den Aufsichtsratssitz klar halten.

Das CGPT Mitglied Kirstin Schmitt, die auch bei E-Plus beschäftigt ist, zieht in den Aufsichtsrat ein. Spannend war die Wahl geworden, weil durch Betriebszukaufe sich die Mitarbeiterzahl fast verdoppelt hat. Auch war die CGPT nur mit Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl angetreten, die im Unternehmen arbeiten. E-Plus ist ein Tochterunternehmen der Niederländischen KPM und einer der großen Telekommunikationsanbieter in Deutschland.

PM CGPT im Juni 2012